

Niederschrift
über die Konstituierende Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 13.01.2021

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:09 Uhr

Ende: 16:45 Uhr

Anwesend:

Ordentliche Teilnehmer/innen

CDU

Herr André Langeworth

Herr Ansgar Leder

Frau Tanja Orlowski

SPD

Frau Regine Weißenfeld Vorsitzende

Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lasse Finn Bucken

Frau Susann Purucker Stellvertretende Vorsitzende

FDP

Herr Leo Knauf

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Herr Ingo Nürnberger

Herr Georg Epp

Frau Kirsten Fuhrmann

Frau Ute Eberlein

Frau Katja Häckel

Herr Oliver Wittler

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jochen Hanke

Frau Martina Schüler

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Kirsten Hopster

Herr Marc Korbmacher

Frau Regina Puffer

Herr Matthias Rotter

Herr Michael Schütz

Frau Daniela Wollenberg

Stellvertretende Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Petra Schlegel

Herr Ralf Müller

Schriftführung

Frau Liesa Warneke

Verwaltung

Herr Jörg Leeseemann

Dezernat 5

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Eröffnung der Sitzung durch die/den Altersvorsitzende/n**

Frau Weißenfeld eröffnet in ihrer Funktion als Altersvorsitzende die Sitzung und begrüßt die Anwesenden zur konstituierenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Bestellung der Schriftführerin**

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache den folgenden

Beschluss:

Frau Warneke wird zur Schriftführerin bestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Wahlen unter der Leitung der/des Altersvorsitzenden**

Da Frau Weißenfeld sich selbst zur Wahl stellen möchte, gibt sie den Vorsitz als Altersvorsitzende an Frau Puffer ab.

-.-.-

Zu Punkt 3.1 **Wahl der/des Vorsitzenden**

Frau Puffer fragt, ob es Vorschläge für die Position der/des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses gebe. Frau Wend schlägt Frau Weißenfeld vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Auch soll keine geheime Wahl stattfinden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Frau Regine Weißenfeld wird zur Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses gewählt.

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 3.2

Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

Frau Puffer fragt nach Vorschlägen für die Position der/des stellvertretenden Vorsitzenden. Herr Bucken schlägt Frau Purucker vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Auch soll keine geheime Wahl stattfinden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Frau Susann Purucker wird zur stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses gewählt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4

Einführung und Verpflichtung von neuen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses

Vorsitzende Frau Weißenfeld übernimmt die Sitzungsleitung.

Die anwesenden neuen stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die noch nicht im Rat oder in einem anderen Ausschuss verpflichtet worden sind,

- skB Frau Judith Wend (SPD)
- skB Herr Dirk Starke (FDP, Stellvertretung)
- Herr Marc Korbmacher (Diakonie für Bielefeld)
- Frau Petra Schlegel (DRK, Stellvertretung)
- Herr Malte Hausmann (Ev. Jugend Bielefeld, Stellvertretung)

sowie die anwesenden neuen beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

- Frau Silvia Szacknys-Kurhofer (Bielefelder Schulen)
- Frau Martina Schüler (Jugendamtsehternbeirat, Stellvertretung)

erheben sich und werden durch Frau Weißenfeld in ihr Amt eingeführt und mit nachfolgender Formel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied des Jugendhilfeausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Die neuen Mitglieder bekunden ihr Einverständnis mit einem deutlichen „Ja“. Sie werden von Frau Weißenfeld gebeten, die ausliegenden Niederschriften über ihre Verpflichtung zu unterzeichnen und diese nach Abschluss der Sitzung auf ihren Plätzen liegen zu lassen.

Zu Punkt 5

Bildung des beratenden Unterausschusses "Jugendhilfe"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0276/2020-2025

Frau Weißenfeld erläutert für die neuen Mitglieder kurz die Funktion des Unterausschusses.

Sie gibt zudem an, dass im Vorfeld bereits abgeklärt worden sei, dass die Plätze anhand der Wahlergebnisse vergeben werden sollen. Auch könnten diese schon namentlich benannt werden.

In den Unterausschuss sollen

- für die CDU Herr Langeworth und Frau Orłowski
- für die SPD Frau Weißenfeld und Frau Wend
- für Bündnis 90 / Die Grünen Frau Purucker
- für Die Linke Herr Goertz und
- für die FDP Herr Knauf.

Für die Wohlfahrtverbände werden Herr Korbmacher sowie Frau Hopster und für die Jugendverbände Herr Schütz sowie Frau Puffer benannt.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. **Der Jugendhilfeausschuss richtet für die Wahlperiode 2020 – 2025 den Unterausschuss „Jugendhilfe“ ein.**
2. **Dem Unterausschuss „Jugendhilfe“ obliegt die Vorberatung insbesondere der Schwerpunktthemen**
 - Leistungsverträge und Zuschüsse
 - Haushaltsberatungen
 - Trägerschaften
3. **Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder in dem vorgenannten beratenden Gremium wird auf 11 Mitglieder festgelegt.**
4. **Die Sitzverteilung wird unter Berücksichtigung des für den Jugendhilfeausschuss gesetzlich vorgeschriebenen 3/5 - 2/5 Verhältnisses zwischen Politik und Verbänden wie folgt festgelegt:**

7 Sitze für die im Jugendhilfeausschuss vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen,

- | | |
|-------------------------------------|---------|
| ▪ davon für die CDU | 2 Sitze |
| ▪ davon für die SPD | 2 Sitze |
| ▪ davon für Bündnis 90 / Die Grünen | 1 Sitz |
| ▪ davon für Die Linke | 1 Sitz |
| ▪ davon für die FDP | 1 Sitz |

4 Sitze für die Freie Wohlfahrtspflege / Bielefelder Jugendverbände,

- | | |
|------------------------------------|---------|
| ▪ davon für die Wohlfahrtsverbände | 2 Sitze |
| ▪ davon für die Jugendverbände | 2 Sitze |

5. Auf eine persönliche Stellvertretung in dem Unterausschuss wird verzichtet.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Besetzung des Fachbeirates für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld in der Legislaturperiode 2020 - 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0277/2020-2025

Die Anlage ist den Mitgliedern zusammen mit der Drucksachennummer zugegangen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache den

Beschluss:

Die in der Anlage aufgeführten Personen werden als Mitglieder des Fachbeirates für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld für die Legislaturperiode 2020 – 2025 gewählt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Wahl der Vorstandsmitglieder für den Vorstand der Kindermann-Stiftung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0278/2020-2025

Frau Weißenfeld gibt an, dass bereits im Vorfeld abgestimmt worden sei, dass jede Fraktion, welche im Jugendhilfeausschuss vertreten ist, auch einen Sitz im Vorstand der Kindermann-Stiftung erhalte.

Zwei der Sitze werden im Jugendhilfeausschuss benannt und die übrigen drei im Rat der Stadt Bielefeld. Es wird vorgeschlagen, im Jugendhilfeausschuss eine/n Vertreter/in der Linken und eine/n der FDP zu wählen.

Für die FDP wird Herr Knauf benannt. Bei der Linken sei noch nicht beschlossen worden, wer die Partei vertreten soll. Der Name soll in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung bekannt gegeben und mit Beschluss bestätigt werden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss wählt als Beisitzer/in

- **Herrn Leo Knauf (FDP)**
- **eine/n Vertreter/in der Linken (namentlicher Beschluss folgt)**

in den Vorstand der Kindermann-Stiftung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Mitteilungen

Frau Weißenfeld fragt an, ob es weitere Mitteilungen aus der Verwaltung gebe. Dies ist nicht der Fall.

-.-.-

Zu Punkt 8.1

Informationen für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Herr Hanke verweist auf die ausgelegten Exemplare des Jugendamtsmonitors. Über den in der Mitteilung aufgeführten Link könne man zudem diesen sowie das Handbuch „Entscheidungskompetenz im Jugendhilfeausschuss“ online aufrufen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 8.2

Sitzungskalender 2021

Herr Hanke verweist auf die aktualisierte Fassung des Sitzungskalenders, welche als Tischvorlage ausliegt und online abrufbar sei. Es habe jedoch keine Veränderungen bei den Terminen des Jugendhilfeausschusses gegeben.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 8.3

Sitzungsbeginn

Der Jugendhilfeausschuss spricht sich dafür aus, es bei der bisherigen Regelung zu belassen, mit den Sitzungen grundsätzlich um 16.00 Uhr zu beginnen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 9 **Anfragen**

Zu Punkt 9.1 **Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen in der Pandemie**
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.01.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0333/2020-2025

Frau Weißenfeld verweist auf die Antwort zu der Anfrage im Informationssystem. Zudem liege diese als Tischvorlage vor.

- Kenntnisnahme -

Zu Punkt 9.2 **Kinderschutzkonzepte für Kitas**
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.01.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0334/2020-2025

Frau Weißenfeld verweist auf die Antwort zu der Anfrage im Informationssystem. Zudem liege diese als Tischvorlage vor.

- Kenntnisnahme -

Zu Punkt 9.3 **Spielflächenbedarfsplanung**
mündliche Anfrage der SPD

Frau Weißenfeld gibt an, dass es eine Anfrage der SPD zur Spielplatzplanung gebe. Die Verwaltung habe diese jedoch nicht erhalten.

Daher stellt Frau Wend die Anfrage mündlich:

„Wann kommt der neue Spielflächenbedarfsplan? Dieser wurde von der Verwaltung schon vor über einem Jahr zugesagt.“

- Kenntnisnahme -

Frau Weißenfeld bittet die Verwaltung darum, die Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Zu Punkt 10 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Förderung von Kindertageseinrichtungen**
hier: Bereitstellung von Mitteln für überplanmäßiges Personal
für sog. Alltagshelferinnen und -helfer für die Kindertagesein-
richtungen in städtischer Trägerschaft

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0301/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 092 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Aktuelle Situation in der Kindertagesbetreuung**

Die Punkte 12.1 und 12.2 wurden gemeinsam beraten.

Zu Punkt 12.1 **Erstattung von Elternbeiträgen vor dem Hintergrund der**
Corona-Krise

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0351/2020-2025

Frau Weißenfeld bittet die Verwaltung um eine kurze Stellungnahme zum Tagesordnungspunkt.

Herr Nürnberger erläutert die Vorlage 0351/2020-2025 noch einmal genauer. Er gibt an, dass aufgrund der Pandemie die Betreuungszeiten in den Kitas um 10 Stunden reduziert worden seien. Die Eltern hätten einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz, sie seien jedoch gebeten worden, zu prüfen, ob es notwendig sei, die Kinder in die Kita zu geben oder ob es anderweitige Betreuungsmöglichkeiten gebe.

Zum Stand des Sitzungstermins habe es eine Auslastung von 34 % in den städtischen Kitas gegeben. Allerdings würde diese Zahl großen Schwankungen unterliegen.

Darüber hinaus merkt Herr Nürnberger an, dass es seit dem Lockdown kaum mehr Infektionen von Kita-Kindern und Schulkindern gegeben habe. Dies weise daraufhin, dass die Maßnahmen der Landesregierung und deren Umsetzung zu wirken scheinen.

Herr Epp ergänzt, dass im Unterschied zu den Kitas bei den Tagespflegepersonen nicht entschieden worden sei, die vereinbarte Betreuungszeit um 10 Stunden zu reduzieren.

Laut Herrn Epp seien auch die freien Träger um Rückmeldung zur Inanspruchnahme gebeten worden. Es hätten sich zwar noch nicht alle zurückgemeldet, aber man könne feststellen, dass es einen Teil gebe, bei dem die Auslastung bei 30-40 % liege. Bei einzelnen Träger sei jedoch eine Auslastung bis zu 80 % Betreuung festzustellen. Ein Grund hierfür sei u. a. die Elternstruktur, d. h. viele berufstätige Eltern.

Zu den städtischen Kitas ergänzt Herr Epp, dass es sich beim Wert von 34 % um einen Durchschnitt handle. Die Bandbreite ginge von 5-60 %.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen vor dem Hintergrund der Corona-Krise die Elternbeiträge

- 1. für außerunterrichtliche Förder- und Betreuungsangebote der OGS,**
- 2. für Kinder in Tagespflege im Sinne der §§ 22, 23 SGB VIII (KJHG) und**
- 3. für Kinder in Kindertageseinrichtungen**

für den Monat Januar 2021 zu erstatten. Die Erstattung der Elternbeiträge erfolgt durch Verrechnung mit den Elternbeiträgen für Februar 2021.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12.2 Mittelverwendung für die Reduzierung der Schließtage in den Kitas Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.01.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0408/2020-2025

Zu dem TOP 12 wurde ein Antrag von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gestellt. Frau Weissenfeld bittet die Verwaltung um eine Einschätzung zu dem Antrag.

Herr Nürnberger begrüßt den Antrag, weist aber darauf hin, dass maximal vier Wochen zur Verfügung stehen, um die 50.000 € zu verbrauchen. Bis Ende Juni müsse das Geld laut den Förderrichtlinien verwendet worden sein. Von diesem Betrag könnten ca. 10-12 Personalmonate finanziert werden. Bei 206 Kitas könnte es daher zu einem Verteilungsproblem kommen. Aus diesem Grund sei es wichtig, Kriterien festzulegen, nach denen die Gelder verteilt werden. Mögliche Kriterien könnten die Höhe des gemeldeten Bedarfs und die Einschätzung der sozialen Lage vor Ort sein.

Frau Purucker macht den Vorschlag den Antrag um Punkt 3 wie folgt zu erweitern:

„Sollten die zur Verfügung stehenden Mittel den Antragsbedarf der Träger übersteigen, soll die Mittelverteilung nach Elternbedarf und sozialen Aspekten erfolgen.“

Daraufhin bittet Frau Weißenfeld die Verwaltung den Jugendhilfeausschuss über das weitere Verfahren zu informieren. Sie stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Beschluss:

1. Die bisher nicht verwendeten Mittel aus Punkt 3 der Drucksache 11113/2014-2020 (Zuschüsse zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung aus dem Kita-Jahr 2020/21) werden für eine Reduzierung der Schließtage insbesondere in den Sommermonaten 2021 in den Bielefelder Kindertageseinrichtungen eingesetzt.
2. Das Jugendamt informiert die Träger über die Fördermöglichkeit und führt ein Antrags- und Bewilligungsverfahren durch.
3. Sollten die zur Verfügung stehenden Mittel den Antragsbedarf der Träger übersteigen, soll die Mittelverteilung nach Elternbedarf und sozialen Aspekten erfolgen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keine Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zu berichten.

Zu Punkt 13.1 Beschluss des Ältestenrats bzgl. Videokonferenzen

Frau Weißenfeld fragt die Verwaltung nach dem geplanten zukünftigen Vorgehen bzgl. der Videokonferenzen vor den Sitzungen.

Herr Nürnberger berichtet über die getroffene Vereinbarung im Ältestenrat. Vor der Sitzung solle man sich zu einer Videokonferenz treffen. In dieser soll es Zeit geben, die Angelegenheiten vor der Sitzung zu diskutieren. Der Zugang zur Videositzung würde öffentlich bekannt gemacht werden. Derzeit würde noch geklärt werden, welches System hierfür genutzt werden könne.

Die Vorbesprechung solle um 16 Uhr beginnen. Nach dieser sollen sich die Mitglieder auf den Weg zum Sitzungsraum begeben, um dort abzustimmen.

Er regt an zu überlegen, ob man – soweit es keine strittigen Punkte gibt – ein „Pairing“ in der Vorbesprechung vereinbaren könne. Dadurch würden weniger Mitglieder anreisen müssen.

Frau Weißenfeld ergänzt, dass die Option einen anderen Termin für die Videokonferenz zu finden, voraussichtlich noch schwieriger sei.

Frau Purucker stimmt der Vorgehensweise zu, die Videokonferenz um 16 Uhr beginnen zu lassen und sich nach dieser ins Rathaus zu begeben. Zudem würde sie es begrüßen, wenn es die Möglichkeit gebe, die vom Ältestenrat festgelegte Sitzungsdauer von maximal 30 Minuten auf 45 Minuten zu erhöhen.

Herr Hanke gibt an, dass es noch eine Abfrage bei den Mitgliedern – ohne Ratsmitglieder – darüber geben soll, wer nicht über die notwendigen technischen Voraussetzungen (Laptop, iPad, Tablet) verfügt, um an einer derartigen Konferenz teilzunehmen.

Frau Weißenfeld verweist auf die Möglichkeit, dass einige Mitglieder während der Konferenz die Fraktionsbüros nutzen könnten. Alles Weitere müsse man mit der Zeit lernen und Erfahrungen sammeln. Sie hält fest, dass die nächste Sitzung als Videokonferenz um 16 Uhr beginnt.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Bielefeld, 21.01.2021

Weißenfeld (Vorsitzende)
zu TOP 1-, 4-19

Puffer (Altersvorsitzende)
zu TOP 3

Warneke (Schriftführerin)